

Streit um Pläne für neue Photovoltaikparks

Sollen städtische Flächen für Solarstrom oder Landwirtschaft genutzt werden? Heinz Frey von der UWG-Jül fordert eine Grundsatzentscheidung.

VON BURKHARD GIESEN

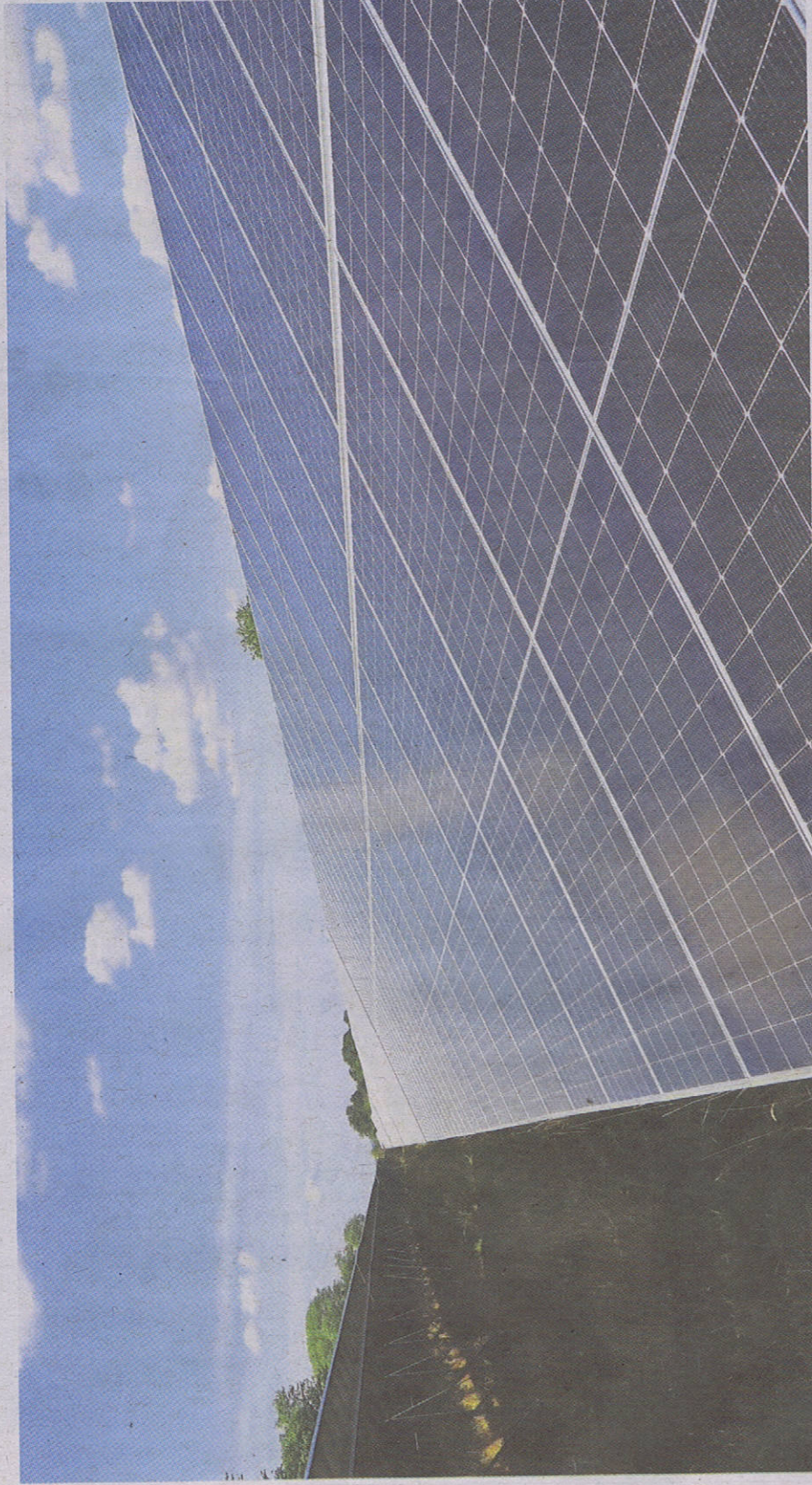
JÜLICH Die Position von Heinz Frey ist nicht neu: „Es ist ein Irrweg, wertvolle Ackerflächen mit Solarpaneelen zu versiegeln.“ So ähnlich hat Frey, Fraktionsvorsitzender der UWG-Jül, das schon im April 2023 formuliert, als es in Broich um die Frage ging, entlang der Autobahn eine Freiflächenphotovoltaikanlage zu planen, die im Jahr 33 Millionen Kilowatt-

**„Bevor nicht alle
Parkplätze, Sporthallen
oder Schulen mit
Solarpaneelen bestückt
sind, werde ich solchen
Vorhaben,
landwirtschaftliche
Flächen zu versiegeln,
nicht zustimmen.“**

Heinz Frey
Fraktionsvorsitzender der UWG-Jül

stunden Strom produzieren und 8000 Vier-Personen-Haushalte mit Strom versorgen soll. Jetzt wiederholt Frey seine Kritik an derartigen Plänen, weil die Stadt Jülich selbst für derartige Projekte Flächen zur Verfügung stellen will. Das soll am Mittwoch, 8. Mai, im nicht-öffentlichen Teil des Hauptausschusses beschlossen werden. Genau das will Frey nun verhindern und vor allem dafür sorgen, dass die grundsätzliche Diskussion darüber öffentlich geführt wird.

Mehrere Flächen im Bereich der jülicher Kläranlage sowie zwischen Mechatronikzentrum und Gut Lorscheck sind es, die die Stadt ausweislich



17.037 Solarelemente stehen auf dem Gelände Merscher Höhe im Umfeld des Brainery Parks in Jülich, um dort grünen Wasserstoff produzieren zu können. Braucht es weitere Flächen zur Produktion regenerativer Energien? Fehlen diese Flächen dann der Landwirtschaft?

FOTO: KRISTINA TOUSSAINT

der Tagesordnung „für die Errichtung und den Betrieb eines Photovoltaikparks“ verpacken will. Um 18 Hektar soll es dabei gehen. „Wir entziehen damit unserer Landwirtschaft und den nachgelagerten Betrieben aus Verarbeitung und Veredlung – unter anderem auch der Zuckerfabrik – Stück für Stück ihre Existenzgrundlage“, warnt Frey. Das Problem aus seiner Sicht: Die Bundesregierung hat

den unterschieden werde und gerade im Bereich der Börde die Böden zur Lebensmittelproduktion genutzt und benötigt würden. „Gerade in unserer Region kann es doch nicht richtig sein, wertvolle, ja beste Ackerböden großflächig mit Solarpaneelen zu überdecken“, hatte er formuliert und wiederholt das jetzt um so eindringlicher auch mit Blick auf die Stadt Jülich selbst, die dafür keine bisher

landwirtschaftlich genutzten Flächen zur Verfügung stellen solle. Frey: „Bevor nicht alle Parkplätze, Sporthallen oder Schulen mit Solarpaneelen bestückt sind, werde ich solchen Vorhaben, landwirtschaftliche Flächen zu versiegeln, nicht zustimmen. Ein Irrweg ist das Ganze auch deswegen, weil hier von den Investoren das grüne Mäntelchen‘ benutzt wird, um knallhart Geld zu verdienen. Doch für

mich hat die Lebensmittelproduktion absoluten Vorrang.“

Problematisch ist aus Sicht von Frey noch eine andere Entwicklung: Investoren solcher Projekte könnten die Pachtpreise in die Höhe treiben, um entsprechende Flächen zu akquirieren. Das könnte dazu führen, dass immer mehr Flächen in der jülicher Börde aus der Lebensmittelproduktion herausgenommen würden. Frey: „Die Lebensmittelpreise werden weiter steigen, wenn wir die Anbauflächen verkleinern. Und Pachtpreise von 3000 bis 4000 Euro lassen Landbesitzer, Landwirte und Verpächter ‚schwach‘ werden“, befürchtet er.

Geld dürfte als Argument bei der Stadt Jülich, die aktuell Flächen verpachten will, allerdings weniger eine Rolle spielen, sondern eher eine grundsätzliche Forderung, die die Politik selbst angestoßen hatte. Nicht erst im Zusammenhang mit dem Verkauf von Anteilen der Stadtwerke Jülich an den Kreis Düren ist die Frage diskutiert worden, ob sich Jülich stärker im Bereich der regenerativen Energien engagieren muss.

Mit dem Unternehmen Rurenergie, das bei den Stadtwerken jetzt mit am Tisch sitzt, soll genau das geschehen. Dafür müssen entsprechende Flächen her: Etwa entlang der Autobahnen. „Wenn wir das nicht machen, werden andere kommen“, hatte schon im Mai 2023 Stadtwerke-Aufsichtsratsvorsitzender Hans-Günter Engels eine Antwort gegeben, weil im Zweifel sonst Privatinvestoren und nicht die Stadt oder ihre Stadtwerke die Gewinne einfahren würden. Bei den Positionen unter einen Hut zu bringen, dürfte die Herausforderung sein.